

chen Antragsverfahren nicht gehen müssen. Das gibt eine Teilantwort auf Ihre Frage.

Ich muß zu der Frage vom Kollegen Gysi hier noch bemerken, daß Sie bitte in Ansatz bringen möchten, daß es eine Vorzugsvariante gibt. Wenn die bisherige Rentenrechnungsformel der DDR einen besseren DDR-Mark-Betrag auswirft, bekommt natürlich der Rentner diesen Betrag in D-Mark. Das stand bereits vorige Woche Mittwoch in der Regierungserklärung beider Seiten, und es ist unverständlich, daß nach wie vor mit dieser 70%-Klausel ausschließlich und nicht mit der bereits ausgehandelten Rentenformel Politik gemacht wird.

(Beifall vor allem bei CDU/DA)

Welche Vorschläge zur strukturellen Anpassung der Unternehmen an die Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft werden derzeit erörtert? Es sind - und dies ist in den letzten Wochen dramatisch deutlich geworden - außerordentliche Aufwendungen erforderlich, um die strukturelle Anpassung von Unternehmen an die Marktbedingungen zu unterstützen sowie rentable Investitionen zur Sicherung bisheriger und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beschleunigen.

Ziel unserer Politik ist es, eine breit gefächerte moderne Wirtschaftsstruktur, besonders auch mit möglichst vielen kleineren und mittleren Betrieben, zu erreichen. Dazu müssen wir die Leistungsfähigkeit der Unternehmen stärken und die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich private Initiativen zügig entfalten können; denn nur so können rasch mehr Wachstum, zukunftssichere Arbeitsplätze und höhere Einkommen erreicht werden. Dazu gehören insbesondere: Einführung eines Wachstums- und investitionsfreundlichen Steuersystems - wir werden kaum bei dem alten bleiben können, sondern wir müssen ein neues einführen - 2. der Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit Unternehmen der Bundesrepublik, Unternehmen in Ländern der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus; 3. die Beseitigung bestehender Investitionshemmnisse, wozu besonders für kleinere und mittelständige Unternehmen gehört, wie künftig Eigentum auch in der DDR erworben werden kann.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie das Defizit im Staatshaushalt zurückgeführt werden kann - ich erinnere hier an die Frage des einen Abgeordneten, der Name ist mir leider entfallen - und wo die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschaft aufzubringen sind, spielt aus unserer heutigen Sicht in der politischen Diskussion die Verwendung des Treuhandvermögens eine wichtige und entscheidende Rolle, wengleich diese Frage im bisherigen Entwurf, Diskussionsstand des Staatsvertrages nicht ausdrücklich angesprochen ist.

Augenblicklich spielt im Diskussionsprozeß die Überlegung eine Rolle, bestimmte Flächen zur Gewerbeansiedlung auszuweisen, die Nutzungszwecke dabei festzuschreiben und bei dem Erwerb von Flächen vergleichbare Bodenpreise zur Bundesrepublik zu Grunde zu legen. Dies ist auch die Chance für Städte und Gemeinden, eine vernünftige Stadtentwicklung über die Flächennutzungsplanung sicherzustellen, die wir bisher ja noch nicht gekannt haben. Natürlich sind nicht alle Flächen gleichwertig. Auch die Frage möglicher Altlasten - weniger natürlich der Staatssicherheit als vielmehr des immensen ökologischen Schadens. Die geschätzte Zahl möchte ich hier auch durchaus mal bekannt geben. Zwischen 200 und 250 Mrd. DM wird dieser Schaden geschätzt, und die Beseitigung eines Quadratmeters verseuchten Bodens wird 300 bis 400 DM kosten.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben, daß neben der Umstrukturierung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft in der westlichen Welt die Sicherung und der Ausbau von stabilen Handelsbeziehungen zur Sowjetunion im Mittelpunkt unserer Verhandlungen zum Staatsvertrag mit stehen.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und SPD)

Und das möchte ich im Zusammenhang natürlich auch mit Problemen zur Sicherung von Arbeitsplätzen sagen, auch natür-

lich im Zusammenhang damit, wie man, ohne Zäune um die Kombinate zu errichten, einerseits die Produktpalette noch absetzbar gestalten kann und andererseits den Wettbewerb im eigenen Land auch die Kombinate spüren läßt, um sich daraus marktwirtschaftlich entwickeln zu können.

Welche Maßnahmen zur Investitionsförderung sind denkbar, und welche Voraussetzungen sollen von den Unternehmen erbracht werden? Es sind beispielsweise folgende Maßnahmen denkbar:

1. Gewährung allgemeiner Investitionszulagen für Ausrüstungsinvestitionen, welche zu Lasten des Staatshaushaltes gehen. Wir haben für diesen Umfang in dem 120 Mrd. hochgerechneten Staatshaushalt bisher jährlich 10 Mrd. eingerechnet.

2. Das Einräumen von zinsverbilligten Krediten für Investitionen in der DDR.

3. Die Fortführung der ERP-Kredite, ich nenne mal den anderen Begriff - Marshallplan - zugunsten von Investitionen in der DDR. Der DDR hat vielleicht 1945 der Marshallplan gefehlt, den die Bundesrepublik bekommen hat. Wie auch bereits bei der Sondertagung des Europäischen Rates am 28.4. in Dublin erwähnt, bietet uns die Europäische Gemeinschaft auch entsprechend günstige Kreditquellen an.

4. Einführung von Sonderabschreibungen über die breite Palette steuerlicher Förderungsmaßnahmen hinaus, die sich nach einer weitgehenden Einführung des Steuersystems der Bundesrepublik Deutschland in der DDR auch ergeben könnten.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme aller gezielten Maßnahmen ist die erwiesene Wettbewerbsfähigkeit unter Marktbedingungen oder die nachgewiesene Sanierungsfähigkeit. Das bezieht sich auf die beiden Punkte, auf die etwa 50 % für die sanierungsbedürftigen Unternehmen und die rund 20 % von konkursgefährdeten Unternehmen. Dazu gehören eine Eröffnungsbilanz, diese wird - vom Wirtschaftsminister entsprechend angewiesen - zur Zeit in unserer Volkswirtschaft zu realisieren versucht, eine Kosten- sowie Ertragsrechnung auf DM-Basis sowie die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten, vergleichsweise Randlage an Grenzen und anderes. Bei den innerhalb eines noch zu bestimmenden Zeitraumes sanierungsfähigen Unternehmen ist auszuweisen, welche Finanzmittel erforderlich sind, welche Deckungsquellen bestehen und welche Fördermittel benötigt werden, um wettbewerbsfähig zu werden.

Der wirtschaftliche Aufschwung wird sich aber erst dann einstellen, wenn unsere Bürger, sei es in der Industrie, der Landwirtschaft, den Dienstleistungsunternehmen oder im Bereich der öffentlichen Verwaltung, die Möglichkeit haben, ihren persönlichen Anteil dazu beizutragen. Das Wahlergebnis vom 6. Mai war den Regierungsparteien dabei behilflich, diese Möglichkeiten in den Kommunen zu schaffen, damit die Handbremsen von den Fahrzeugen nun auch in den Kommunen lösbar gestaltet worden sind.

(Beifall bei CDU/DA)

Leistung, meine Damen und Herren, muß sich in Zukunft wirklich lohnen. Das heißt, sie muß sich in der Verfügbarkeit des persönlichen Eigentums bemerkbar machen. 40 Jahre sind wir als Arbeitsmaschinen mißbraucht worden, um eine Fassade zu schützen, deren Fundament von Anfang an marode war.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Allgemein könnten die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen der Finanzierung von Bildungsmaßnahmen bereits heute an die bestehenden Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland schrittweise angepaßt werden. Wir sind bemüht, diese Anpassung am Rande der Verhandlungen zum Staatsvertrag und die entsprechende Rechtsgrundlage mit zu schaffen.

Basierend auf vorläufigen Berechnungen - ich bitte, das hier auch ernst zu nehmen, weil sich darin auch eigentlich unsere große Aufgabe in der gemeinsamen Argumentation zum Bürger